Saarlouis, Samstag, 29. April 1922.

Saar-Zeitung

Organ der Zentrumspartei für Stadt und Land des Saargaues.

Vierteljährlicher Bezugspreis: Durch unsere Agenten 45,— Mk. Mit der Post bezogen 45,— Mk. Zeilenpreise: Die 8gespaltene m/m Zeile, 41 m/m breit, 0,90 Mk., außerhalb des Saargebietes 1,60 Mk. Die 88 m/m breite Reklamezeile 8,00 Mk.

Nr. 95.
51. Jahrgang

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten. — In Saarlouis die Geschäftsstelle, Gefängnisstraße Nr. 6. — Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. — Fernsprecher: Expedition Nr. 2, Redaktion Nr. 22. Postfach 10.

An unsere Leser! Die nächste Ausgabe der Saar-Zeitung erscheint am Dienstag, da wir leider gezwungen wurden, am 1. Mai zu feiern.

Politische Schwankungen in Oesterreich.

Wien, 27. April 1922.

Ueber die Psyche der österreichischen Sozialdemokratie gab die gestrige Arbeiterdemonstration auf der Ringstraße einen guten Aufschluß. Die Linksorientierung der österreichischen Sozialdemokratie sollte durch diese Demonstration für Sowjetrußland, namentlich gegenüber der ablehnenden Haltung der reichsdeutschen Mehrheitssozialisten scharf markiert werden. Diese Allerweltsdemonstration wird in Deutschland am 1. Mai stattfinden. Auch dem bis über die Ohren in Wirtschaftskrisen steckenden Oesterreich hätte der Anschluß an die reichsdeutsche Arbeitswilligkeit und Arbeitsfreudigkeit nichts geschadet. Aber die auf die Einheit der Partei gerichtete Mandatspolitik der österreichischen Sozialistenführer trieb die österreichische Arbeiterschaft, größtenteils gegen den Willen, schon am 20. April auf die Straße, da sonst eben die Gefahr bestanden hätte, daß die kommunistische Konkurrenz sich allzu erfolgreich betätige. Die Demonstration selbst wies alle Merkmale des Parteizwanges auf. Die Demonstranten mußten aus ihren Betrieben geschlossen aufmarschieren; ein großes Aufgebot von Ordnern verhinderte Desertionen. Anderseits war die Stimmung eine recht flaue, zumal das Halten von Reden verboten wurde, eine Maßregel, die sich zur Vermeidung von Zusammenstößen zwischen Sozialisten und Kommunisten als nötig erwies.

Im übrigen wird vielleicht die sich immer fühlbarer machende Parteimüdigkeit in der Sozialdemokratie deren parlamentarische Fraktion einer parlamentarischen Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien etwas zugänglicher machen. In Oesterreich ist hier noch viel nachzuholen, insbesondere der Ausbau der Bundesverfassung. In den letzten Monaten wurde allerdings ein großer Schritt glücklich zurückgelegt mit dem Finanzverfassungsgesetz, das unter anderem die Aufstellung der Steuerhoheit zwischen den Ländern und dem Bunde brachte. Ungelöst noch ist die Schulfrage und die Frage der Verwaltungsorganisation.

In der Schulfrage liegt die Schwierigkeit vor allem darin, die Mittellinie zwischen einer föderalistischen Lösung zu finden. Bei Schaffung der Verfassung vertrat die sozialdemokratische Partei den zentralistischen Standpunkt, während die bürgerlichen Parteien mehr den föderalistischen Standpunkt verteidigten. Dieser Gegensatz ist heute allerdings etwas abgeflaut; dagegen ist ein anderer, ein kulturpolitischer an seine Stelle getreten, da die Sozialisten alle Anstrengungen machen, schon bei der Schulreform die Trennung von Staat und Kirche vorzubereiten. Eine Kompromißlinie in dieser Beziehung aber konnte aus naheliegenden Gründen bisher nicht gefunden werden.

Aehnlich steht es mit der Frage der Verwaltungsorganisation in den Ländern. Im Jahre 1920 ist es den Sozialdemokraten gelungen, in die Verfassungsurkunde einen eigenen Abschnitt über die Gemeinde (Orts- und Gebietsgemeinde) zu bringen, durch den die Demokratisierung der Verwaltung, insbesondere der Bezirkshauptmannschaften gesichert werden sollte. Dieser Abschnitt der Verfassung ist allerdings lediglich ein politisches Programm, das zu seiner Verwirklichung eines Ausführungsgesetzes bedarf. Während die sozialdemokratische Partei seinerzeit an Stelle des autokratisch ernannten Bezirkshauptmannes eines Bezirks- beziehungsweise Kreisvertretung forderte, der als Exekutivorgan ein gewählter Bezirks- bzw. Kreishauptmann zur Seite stehen sollte, hielten die bürgerlichen Parteien an dem System des ernannten Bezirkshauptmannes fest.

Schon dadurch, daß die bürgerlichen Parteien zustimmten, in das Verfassungsgesetz die programmatischen Erklärungen hinsichtlich der Demokratisierung der Verwaltung in den Gemeinden aufzunehmen, sind sie der sozialdemokratischen Partei wesentlich entgegengekommen. Die letztere Partei wiederum dürfte aus den Erfahrungen der letzten Monate den Schluß gezogen haben, daß ihre radikalen Forderungen hinsichtlich der Demokratisierung der Bezirks- bzw. Kreisverwaltung einer gewissen Einschränkung bedürfen. Diese Erfahrungen haben gezeigt, daß die Demokratisierung auf dem Gebiete der Gesetzgebung durch die Demokratisierung der Bezirks- und Kreisverwaltung paralysiert wird, da ja die Demokratie der einzelnen Teile die natürliche Tendenz hat, sich in einem Gegensatz zu der im Gesetzgebungskörper zum Ausdruck kommenden Demokratie zu stellen. Es scheint daher gerade im gegenwärtigen Augenblick nicht unmöglich, in der Frage des gewählten oder ernannten Bezirks- bzw. Kreishauptmannes und dessen Verhältnisses zur gewählten Bezirks- bzw. Kreisvertretung einen allen Parteien befriedigenden Mittelweg zu finden.

Eine Lösung dieser beiden Verfassungsprobleme erscheint um so dringlicher, als ja die wichtigen Bestimmungen des Bundesverfassungsgesetzes über die Aufteilung der Zuständigkeit zwischen dem Bunde und den Ländern erst in dem Zeitpunkt in Wirksamkeit treten können, wo diese beiden Ergänzungsgesetze in Geltung stehen. Erst dann wird das Werk der Verfassung vollendet sein, erst dann ist Oesterreich formell fertig, wirtschaftspolitisch jedoch nach wie vor ein Torso.

Dauernde Konflikte.

Eine Rede Rathenaus. — Das russische Memorandum.

Das russische Memorandum.

WTB. Genua, 28. April. Die ursprünglich für heute vormittag einberufene Sitzung der Ententedelegierten zur endgültigen Redaktion des russischen Memorandums begann heute nachmittag um 4 Uhr. Anwesend waren die Vertreter der einladenden Mächte und je zwei Delegierte der kleinen Entente und der Neutralen. Es lagen zwei Redaktionen für das Memorandum vor, eine englische und eine französische. Beide Dokumente müssen nacheinander verlesen und übersetzt werden, was natürlich eine sehr zeitraubende Arbeit ist, so daß man damit rechnet, daß die Verhandlungen heute noch nicht zu Ende geführt werden können. Vor Beginn der Verlesung gab Barthou eine Erklärung ab, in der er sagte, zu irreführenden Zeitungsmeldungen wolle er betonen, wenn er zur Abreise gezwungen sei, so wolle er sich bemühen, so bald wie möglich zurückzukehren. Es sei Vorsorge getroffen, daß während seiner Abwesenheit die Arbeiten der Konferenz keine Verzögerung erleiden. Die Delegation werde in der Zwischenzeit die Arbeiten fortführen, und er selbst werde in sehr kurzer Zeit zurückkehren. Lloyd George dankte für diese Mitteilung und sprach die Hoffnung aus, Barthou bald wiederzusehen. Er erklärte, sowohl seine schätzenswerte Mitarbeit, als auch der Umstand, daß er der Führer einer der wichtigsten Delegationen sei, würden eine längere Abwesenheit als höchst bedauerlich erscheinen lassen. Barthou wiederholte ihm nochmals seine Zusicherung, so bald als möglich zurückzukehren. Dann gab Lloyd George nochmals eine grundsätzliche Erklärung ab, in der er ausführte, daß keinesfalls von der Grundlage der in Cannes festgesetzten Bedingungen abgewichen werden dürfe. Ferner hob er mit Nachdruck hervor, daß diese Bedingungen ein unteilbares Ganze darstellten, man könne nicht einzelne Teile herausziehen, sondern müsse alle als ein großes Ganzes behandeln. Um 7 Uhr abends war die Sitzung noch nicht beendet.

Rathenaus versöhnliche Stimmung.

WTB. London, 28. April. Die Blätter berichten über eine auf einer Versammlung von Pressevertretern erfolgten zustimmenden Erklärung Rathenaus zu der Rede Lloyd Georges, die er auf dem Essen der englischen und amerikanischen Journalisten abgegeben habe. Laut Daily Chronicle erklärte Rathenau, die letzte Rede des englischen Premierministers sei von allen glänzenden Reden die glänzendste gewesen. Rathenau bewundere diese Rede nicht nur wegen ihrer Anerkennung bestehender Verhältnisse, sondern wegen ihres außerordentlichen Weitblickes. Die drei Worte Lloyd Georges „fair, gerecht und billig" müßten an die Wand des Konferenzsaales geschrieben werden. Ueber Lloyd Georges Burgfriedensplan erklärte Rathenau nicht unterrichtet zu sein. Wenn der Plan den dargelegten Ansichten Lloyd Georges entspreche, wenn er fair, gerecht und billig sei, so würde Deutschland ihm bedingungslos zustimmen. — Der Berichterstatter des Daily Chronicle nennt dies einen klugen Schritt von seiten Rathenaus. Deutschland setze damit das Siegel unter den Plan des Friedensvertrages.

Steeds drahtet der Times aus Genua: Rathenaus versöhnliche Stimmung sei auf der gestrigen Zusammenkunft der Pressevertreter zum Ausdruck gekommen. Rathenau habe erklärt, daß eine Vollsitzung der Konferenz demnächst stattfinden werde. Das würde bedeuten, daß ein Akt der Konferenz beendet ist. Manche Leute mögen diese besonderen Ereignisse, die diesen ersten Akt kennzeichnen, kritisieren. Meiner Ansicht nach hat er im Interesse des Wiederaufbaues viel erreicht. Das zweite Stadium der Konferenz, sei Rathenau fortgefahren, werde Rußland gelten. Er hoffe, daß es nach beiden Seiten erfolgreich sein werde. Das dritte Stadium werde vielleicht angekündigt durch die letzte Rede Lloyd Georges. Mit den Worten „fair, gerecht und billig" habe Lloyd George den Burgfriedenspakt vom Stapel gelassen. Er bewundere den Weitblick des Mannes, der in der ganzen Welt die größte Verantwortung trage. — Zum Schlusse habe Rathenau die Authentizität des von einem französischen Blatte veröffentlichten Schreibens in Abrede gestellt, das er angeblich über seine Tätigkeit in London und Cannes veröffentlicht habe. — Steeds schreibt noch, die deutschen Vertreter seien sehr besorgt wegen der Möglichkeit eines Bruches zwischen den Westmächten und den Bolschewisten. Die Deutschen fürchteten, daß die Wirkung eines solchen Bruches sein werde, daß Deutschland den Bolschewisten unter der Aegide des Rapallo-Vertrages gegenüberstehe. In gewissen Kreisen werde schlauerweise erklärt, im Falle eines Bruches zwischen Deutschland und den Bolschewisten würde Deutschland es als in seinem Interesse erachten, auch in anderen Fragen bereitwillig den Alliierten nachzugeben. Rathenau sei jedoch nicht der Ansicht. Er habe vor kurzem mit Leuten gesprochen, die Erfahrungen in bezug auf die Sowjets haben, ohne jedoch an den augenblicklichen Wirtschaftsverhandlungen beteiligt zu sein. Er habe ihnen vorgeschlagen, sie möchten den Bolschewisten helfen, eine annehmbare Kompromißformel zu finden. Dieser Vorschlag hätte jedoch anscheinend kein Ergebnis gezeitigt.

Der französische Kabinetsrat prüft.

WTB. Paris, 28. April. Ueber den zweiten gestern abend 6 Uhr abgehaltenen Kabinettsrat unter Vorsitz Poincares wird folgende offizielle Note veröffentlicht: Der Kabinettsrat hat sich aufs neue um 6 Uhr versammelt. Er hat die Prüfung der aus Genua über die Verhandlungen mit den Sowjets eingetroffenen Depeschen fortgesetzt.

Hierzu bemerkt der halbamtliche Petit Parisien, zwei Fragen von ganz außerordentlicher Bedeutung hätten auf der Tagesordnung der beiden gestrigen Kabinettsräte gestanden, erstens der Vorschlag betreffend die Einberufung des Obersten Rates nach Genua und zweitens die Abfassung eines Ultimatums als Antwort auf das Memorandum der Sowjetdelegierten. In der Vormittagssitzung sei der von Lloyd George Barthou gemachte Vorschlag geprüft worden. Angesichts der Haltung, die die französische Regierung in der Reparations- und anderen Fragen einnehme, und angesichts der Haltung zu dem Vertrage von Rapallo sei man zu dem Entschluß gekommen, daß der Oberste Rat nicht über die eigentliche Reparationsfrage und über die Garantiefrage zu beraten habe, sondern nur über die Sanktionen, die am 31. Mai in dem Falle angenommen werden müßten, daß die Reparationskommission einen Verzug Deutschlands feststelle. Sei es deshalb nötig, den Obersten Rat nach Genua zu berufen, um über die Sanktionen zu beraten? Die französische Regierung glaube das nicht. Es könne eine Zusammenkunft in einer anderen Stadt, Paris, London oder anderswo, stattfinden. Das sei der Standpunkt von Poincare, und wie der Petit Parisien zu wissen glaubt, hätten die Minister ihn einmütig gebilligt. Das sei eine sehr kluge Haltung. Poincare wolle um keinen Preis zur augenblicklichen Stunde Verhandlungen über die Reparationsfrage anknüpfen; er befürchte eine Falle. Im übrigen bleibe Poincare dabei, daß die Reparationsfrage in Genua nicht diskutiert werden könne. Er halte sich an die Tagesordnung, die in Cannes festgesetzt worden sei, aber er sei bereit, mit Lloyd George allein oder im Obersten Rat mit den Alliierten oder mit den Signatarmächten des Friedensvertrages über die eventuell gegen Deutschland anzuwendenden Sanktionen zu beraten. — Die Frage des deutsch-russischen Vertrages habe er der Botschafterkonferenz überwiesen. Falls Lloyd George wünsche, daß der Oberste Rat direkt damit befaßt werde, werde Poincare dem nicht widersprechen. Aber in diesem Falle könnten die Delegierten der Großmächte schon jetzt darüber beraten, und Barthou werde den in Paris zurückgehaltenen Ministerpräsidenten vertreten. Es sei übrigens festzustellen, daß Lloyd George nicht gesagt habe, die Gegenwart Poincares sei notwendig. Das hätte er übrigens auch nicht tun können, weil er wisse, daß Poincare sich während der Reise des Präsidenten der Republik nicht von Paris entfernen könne. Aus allem gehe klar hervor, daß Poincare sich nicht nach Genua begeben werde. — Im zweiten Kabinettsrat hätten sich die Minister mit den von den russischen Delegierten in ihrem Memorandum aufgestellten Forderungen beschäftigt. Es sei nicht ausgeschlossen, daß im Laufe des heutigen Tages ein neuer Kabinettsrat stattfinden werde, da der Ministerpräsident die Absicht habe, seine Kollegen über die geringsten Ereignisse, die sich in Genua abspielten, auf dem Laufenden zu erhalten.

Frankreich und die Einberufung des Obersten Rates nach Genua.

WTB. Paris, 27. April. Unter den aus Genua eingenommenen Telegrammen zog das Telegramm die besondere Aufmerksamkeit der Mitglieder der Regierung auf sich, in welchem Barthou über seine gestrige Besprechung mit Lloyd George berichtet und dem Chef der französischen Regierung Mitteilung macht von der Anregung des britischen Premierministers, den Obersten Rat nach Genua einzuberufen. Der über diesen Punkt befragte Kabinettsrat gab seine Zustimmung zu der Haltung, die der Ministerpräsident in dieser Frage einnehmen will, und die nach halbamtlicher französischer Darstellung folgende sein wird: Man kann auf eine Teilnahme des Chefs der französischen Regierung an der Tagung des Obersten Rates nur in den beiden bereits erwähnten Fällen rechnen: Entweder könne die Tagung in Genua stattfinden, und dann nach der Rückkehr des Präsidenten Millerand nach Frankreich, oder, falls sie vor diesem Datum stattfinden solle, müsse sie in Paris abgehalten werden. Die Beratungen des Obersten Rates können sich nicht auf die Fragen beziehen, die gegenwärtig die Reparationskommission beschäftigen. Es sei ihre Sache, sich über die verschuldeten Verfehlungen Deutschlands gegen seine Reparationsverpflichtungen auszusprechen. Man müsse daher über den 31. Mai hinaus warten, bevor unter den Alliierten die Maßnahmen getroffen würden, die durch die Entschließungen veranlaßt werden könnten, die die Reparationskommission nach diesem Datum im Falle einer regelrechten Verfehlung des Deutschen Reiches fassen würde. — Was die Prüfung des deutsch-russischen Abkommens anlange, so würde sie der Ministerpräsident zweifellos nicht ablehnen, wenn sie der einzige Gegenstand der Beratungen sein würde, und wenn die Einberufung des Obersten Rates zu einem Orte und zu einer Zeit erfolgte, die materiell annehmbar wäre. Außerdem würde er mit Genugtuung die Mitarbeit der Vertreter der kleinen Entente und Polens zugestehen; aber die deutschen Delegierten müßten nach seiner Ansicht vollständig von dieser Zusammenarbeit ausgeschlossen sein.

Der Bericht bemerkt noch, daß bis heute Abend Poincare noch keine Einladung Lloyd Georges erhalten habe, sich zur Tagung des Obersten Rates nach Genua zu begeben.

Die friedliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Rußland.

WTB. Genua, 28. April. Spezialbericht des WTB. Die Abordnung der russischen föderativen Sowjetrepublik hatte gestern abend die Mitglieder der deutschen Abordnung zu einem Abendessen in das Hotel De Genes geladen. Der Einladung waren gefolgt der Reichskanzler und die Minister Rathenau und Schmidt sowie zahlreiche andere Herren der deutschen Delegation. Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Tschitscherin begrüßte die Gäste als Vertreter des befreundeten deutschen Reiches und des ersten großen Landes, das durch Vertrag auf der Grundlage friedlicher Zusammenarbeit zu Sowjetrußland in normale Beziehungen getreten sei. Der Reichskanzler betonte in einem dem russischen Volke dargebrachten Trinkspruch, den wirtschaftlichen Charakter des Vertrages, der nicht die engen Interessen zweier Nationen sondern ganz Europa und der ganzen Menschheit zu dienen bestimmt sei. Das russische Ideal der Gemeinschaft der ganzen Menschheit erfordere die Arbeit vieler Geschlechter. Aber das engere Ideal der Arbeitsgemeinschaft zweier Völker, die sich in heftigen Ringen gegenübergestanden haben, sei durch den Vertrag von Rapallo erreicht und der erste Schritt zu einer weiteren Ausdehnung friedlicher europäischer Zusammenarbeit sei getan.

Rußland wünscht die Versöhnung.

WTB. Paris, 28. April. Tschitscherin hat sich einem Sonderberichterstatter des Temps in Genua gegenüber dahin ausgesprochen, die wahre Bedeutung des russisch-deutschen Abkommens sei, daß sie den Grundsatz der Streichung aller gegenseitigen Forderungen aufstelle, daß er mit einem Worte gesagt unter den Vertragschließenden tabula rasa mache. Deutschland habe den einzigen Weg beschritten, der Deutschland zum Wiederaufbau führen könne. Tschitscherin dementierte in aller Form die Nachrichten über militärische Abkommen zwischen Deutschland und Rußland und faßte den Charakter der russischen Politik in Genua wie folgt zusammen: Rußland kapituliert nicht. Es wünscht die Versöhnung. Die Politik von Leuten, die darauf hinausläuft, Rußland mit der Aussicht auf ein aggressives Vorgehen der Großmächte in Schrecken zu versetzen, wird zu nichts führen. Rußland hat das Ziel der Versöhnung nach wie vor im Auge.

Lloyd Georges Vorschlag Barthou unterbreitet.

WTB. Paris, 28. April. Das Journal des Debats glaubt bestätigen zu können, daß Lloyd George gestern dem französischen Delegierten Barthou den Vorschlag unterbreitet habe, noch vor Schluß der Konferenz von Genua eine Tagung des Obersten Rates in dieser Stadt einzuberufen, um die Folgen des deutsch-russischen Vertrages und zu gleicher Zeit die Frage des Verfalltages vom 31. Mai zu prüfen.

Der Temps meint, es sei nicht anzunehmen, daß die französische Regierung augenblicklich die Einberufung des Obersten Rates annehme. Denn die Reparationskommission habe allein die Befugnis, ein etwaiges Verfehlen Deutschlands am 31. Mai festzustellen. Außerdem könne man den Obersten Rat nicht mit Fragen befassen, mit denen die Reparationskommission befaßt sei, und deshalb auch nicht mit der Frage des deutsch-russischen Abkommens und seiner Gültigkeit.

Die Verleumder am Werk.

WTB. London, 28. April. Eine Anfrage des Vertreters des WTB. an hiesiger amtlicher Stelle hat ergeben, daß im Gegensatz zu der hier verbreiteten Meldung, die britische Regierung verfüge über offizielle Informationen, daß zwischen Deutschland und Rußland Verhandlungen zwecks Abschlusses einer umfassenden politischen und militärischen Vereinbarung im Gange seien, an amtlicher Stelle nicht das Geringste von derartigen Verhandlungen bekannt sei. — Unter der Ueberschrift „Französische Enten" schreibt der diplomatische Berichterstatter des Star: Sowohl das britische Auswärtige Amt als auch das Kriegsamt legen der Meldung, daß der deutsch-russische Vertrag eine Geheimklausel enthalte, die die Entsendung deutscher Marineoffiziere und Mannschaften zur Bemannung russischer Schiffe und die Ausbildung von deutschen Offizieren zur Ausbildung des russischen Heeres vorsehe, nicht die geringste Bedeutung bei. Diese Meldung sei nichts als offizielle französische Propaganda. Ihr Ursprung sei Paris.

Anmerkung des WTB.: Dadurch erfahren die von dem Reichskanzler und Dr. Rathenau amtlich zurückgewiesenen Verleumdungen auch ein indirektes Dementi durch die offiziellen britischen Stellen.

Friedliche Beziehungen zwischen Amerika und Aegypten.

WTB. Paris, 28. April. Nach einer Meldung aus Washington haben die Vereinigten Staaten das